

Artikel vom 11.09.2018

EAK-Pressemitteilung

Organspende

Stellungnahme von Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB, EAK-Landesvorsitzender

"Die Organspende hat sich im letzten Jahr erneut rückläufig entwickelt. Auch ich betrachte diese bundesweite Entwicklung mit Sorge. Deshalb sind wir alle gefordert, Lösungen zu finden.

Jens Spahn hat den Vorschlag einer "Widerspruchslösung", nach der grundsätzlich jeder zu einer Organspende verpflichtet ist, der einer solchen nicht ausdrücklich widerspricht, zu Recht angestoßen. Allerdings bin ich kein großer Anhänger dieser Lösung.

Eine solche Regelung würde massiv in die Freiheit und in die Rechte der Menschen eingreifen, was viele Menschen auch vor ein persönliches Dilemma stellen würde und rechtlich und ethisch problematisch ist.

Natürlich steht dem gegenüber die dringende Hoffnung, durch ein Organ eines anderen das Leben zu behalten.

Wir müssen uns alle um geeignete Instrumente bemühen, um die Zahl der Organspenden signifikant zu erhöhen. Auch mit der "Widerspruchslösung" bestehen Fragen, die in der konkreten Situation schwierig zu entscheiden sind.

Stattdessen muss zumindest eine sehr kritische Bestandsaufnahme vorher stattfinden, ob die Menschen über das Thema Organspende ausreichend informiert sind. Unsere Bemühungen müssen deutlich verstärkt werden. Alle die, die sich kümmern müssen, brauchen noch mehr staatliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung. In unserer medialen und kommunikativen Welt, muss es doch möglich sein, dem Thema "Organspende" eine breite politische und gesellschaftliche Anerkennung zu verschaffen, mehr als uns das bisher gelungen ist. Der Ideenwettbewerb ist eröffnet. Alle, auch die Zivilgesellschaft muss bei der großen Aufgabe mithelfen."

